

Donnerstag, 26. April 2001

# „Gewaltiger Fortschritt“

Die Zuwanderungskommissionen biegen in die Schlussrunde ein

VON KLAUS J. BADE

Er gilt als „Pionier der Migrationsforschung in Deutschland“ (so der Historiker Ulrich Herbert): Klaus J. Bade. In einem Gastbeitrag für unsere Zeitung fasst der in Osnabrück lehrende und aus Nürnberg stammende Zuwanderungs-Experte die Debatte zusammen.

**NÜRNBERG** — In Deutschland biegen die wichtigsten Zuwanderungskommissionen in die Schlussrunde ein: Die von Otto Schily einberufene „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ der Bundesregierung unter Leitung der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) präsentiert ihre Ergebnisse am 4. Juli. Die Zuwanderungskommission der CDU (Leitung: Peter Müller) legt Anfang Mai ihre Karten auf den Tisch. Dass es diesen Wettlauf gibt, ist ein gewaltiger Fortschritt auf einem langen Weg, der mit defensiver Erkenntnisverweigerung („Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“) begann. Heute ist Deutschland weit fortgeschritten auf dem Weg vom informellen zum formellen Einwanderungsland.

Ein informelles Einwanderungsland ist ein Land, in dem die Einwanderung dauerhaft die Auswanderung übersteigt. Es fehlen Einwanderungsgesetzgebung und -politik, die für ein formelles Einwanderungsland charakteristisch sind. Ein informelles Einwanderungsland war die Bundesrepublik schon zu Beginn der 80er Jahre im sozialen und kulturellen, aber nicht im rechtlichen Sinne. Das änderte sich schrittweise durch die Reform des Ausländerrechts 1990 und vor allem das neue Staatsbürgerschaftsrecht von 2000 mit der Einführung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch die Geburt.

Heute wird — endlich — auch ernsthaft von „Integration“ nicht mehr nur auf Zeit, sondern auf Dauer gesprochen; also von Einwandererförderung. Dabei ist wichtig, dass wir neben vorausschauender auch nachholende Integrationspolitik brauchen, die Folgerungen aus eigenen Fehlleistungen zieht: Schließlich leben doch schon über sieben Millionen Einwanderer der ersten, zweiten und dritten Generation hier; gegenüber vielen von ihnen gibt es noch eine historische Bringschuld. Die meisten „Gastarbeiter“ wurden damals für Arbeit auf dem untersten Niveau angeworben. Später wurden viele dieser Tätigkeiten wegrationalisiert, die Angeworbenen verloren ihre Stelle. Der Wandel von „Gastarbeitern“ zu Einwandererfami-

lien war nicht mehr umkehrbar — doch die Bundesrepublik antwortete nicht mit forcierter Integration oder speziellen Bildungsangeboten, sondern mit „Rückkehrprogrammen“ und -Prämien. Das hat wenig bewirkt, aber tiefe mentale Verletzungen hinterlassen.

Es geht bei nachzuholender Integration aber nicht nur um die ehemaligen „Gastarbeiter“. Es geht auch um diejenigen, die als Flüchtlinge oder Asylsuchende kamen und auf Dauer bleiben durften. Und es geht um viele der deutschen Einwanderer aus dem Osten, die man schönfärberisch „Spätaussiedler“ nennt und nach stetem Abbau ihrer Privilegierung gegenüber anderen Zuwanderergruppen mit sechs Monaten Sprachkurs in die deutsche Elitenbogensgesellschaft verlassen hat.

Für den Übergang zum formellen Einwanderungsland fehlt noch eine aktive Einwanderungspolitik, eingeraht durch ein ganzheitliches, transparentes Regelsystem, das gesellschaftlich vermittelbar ist. Solche Konzepte sind entscheidend für die oft noch unzureichende Akzeptanz des Wandels zum Einwanderungsland in der Öffentlichkeit. Voraussetzung für diese Akzeptanz ist ein möglichst rasch zu erreichender und auch erreichbarer politischer Fundamentalkonsens in den unerbittlich anstehenden Gestaltungsfragen, die im Wahlkampf, allen Mahnungen zum Trotz, zweifelsohne eine Rolle spielen werden — nicht obgleich, sondern gerade weil sie gesellschaftspolitisch so wichtig sind.

## „Knigge“ der EU

Die EU-Kommission legte ein Rahmenkonzept für eine europäische Migrationspolitik vor. Es enthält auch eine Art „Knigge“ für Politiker: „Der Wechsel zu einer bewussten Migrationspolitik erfordert politische Führungsstärke und ein eindeutiges Bekenntnis zur Förderung pluralistischer Gesellschaften sowie die Verurteilung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortlichen müssen öffentlich ihre Unterstützung für Maßnahmen zur Förderung der Integration von neuen Migranten und ihren Familienangehörigen bekunden und für die Anerkennung und Akzeptanz von kulturellen Unterschieden innerhalb eines klar abgesteckten Rahmens von Rechten und Pflichten werben.“

Bleibt abzuwarten, ob solche Spielregeln eingehalten werden können im Tauziehen um das Wahlkampfthema Einwanderung, das in Deutschland im Wonnemonat Mai beginnt.



Mahnt zum Konsens:  
Klaus J. Bade. Foto: Daut